

556/A XXI.GP

Eingelangt am: 23.11.2001

Antrag

der Abgeordneten Mag. Kogler, Dr. Kräuter
auf Gebarungüberprüfung durch den Rechnungshof gem. § 26 iVm § 99 Abs. 2 GOG.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Rechnungshof wird gemäß § 99 Abs. 2 GOG beauftragt, eine Sonderprüfung der Gebarung der Bundesministerien für

- Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) sowie für
- Soziale Sicherheit und Generationen (BMsSG) sowie für
- Wirtschaft und Arbeit (BMWA)

bzw. deren Vorgängerressorts hinsichtlich der Vollziehung aller dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Bestimmungen einschließlich des Ausschreibungsgesetzes 1989 insbesondere auch im Hinblick auf finanzielle und laufbahnmäßige Begünstigung von Personen im politischen Nahebereich (zB Ministerbüros) der Regierungsmitglieder seit dem 4.2.2000 durchzuführen.

Begründung

Überdurchschnittlich viele Arbeitsleihverträge in den Kabinetten der Ministerinnen Forstinger, Haupt und Bartenstein

Sowohl das BMVIT als auch das BMsSG und BMWA weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Arbeitsleihverträgen in den Ministerinnenbüros auf. Arbeitsleihverträge wurden in bestimmten Ausgestaltungspunkten in der Vergangenheit wiederholt vom Rechnungshof kritisiert. Nichtsdestotrotz beschäftigt allein Infrastrukturministerin Forstinger laut dem von ihrem Ressort an den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofes übermittelten Erhebungsbericht 14 ihrer 20 Kabinettsmitarbeiterinnen (Stand 30.4.2001) über Leihverträge. Ähnlich die Situation im BMsSG: Insgesamt gibt es zum Stichtag 1. Mai 2001 elf Arbeitsleihverträge im Kabinett von Sozialminister Haupt, hinzu kommen vier weitere im Büro von Staatssekretär Waneck.

Nicht anders die Situation im BMWA. Obwohl der vom BMWA an den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses übermittelte Erhebungsbericht mit lediglich drei Seiten völlig unzureichend ist, zeigt sich, dass im Bartenstein-Kabinett mit Stichtag 1.5.2001 zehn der 15 Mitarbeiterinnen mittels Arbeitsleihvertrag, ein weiterer mittels Sondervertrag beschäftigt war. Zusätzlich sind nach BMWA-Angaben im sieben Personen umfassenden Büro von Tourismus-Staatssekretärin Rossmann drei weitere Leih- und zwei Sonderverträge vorhanden.

BM Bartenstein bereits in der Vergangenheit vom Rechnungshof kritisiert

BM Bartenstein wurde schon in seiner Funktion als Minister für Umwelt, Jugend und Familie der rot-schwarzen Koalition vom Rechnungshof in dessen Sonderbericht über die Ministerbüros wegen überzahlter Leih- und Sonderverträge sowie Problemen bei der Abrechnung von Spesen kritisiert. Im Falle eines Sondervertrags im damaligen Bartenstein-

Ressort spricht der Rechnungshof sogar von einer „Umgehung besoldungsrechtlicher Vorschriften“.

Keine Auskünfte über Leih-Organisationen

Auskünfte über die Vertragspartner der Ministerien beim Abschluss der Leihverträge werden in den Erhebungsberichten von den genannten Ressorts nicht gegeben, aus der Beantwortung parlamentarischer Anfragen geht jedoch hervor, dass die überwiegende Mehrzahl dieser Leihverträge mit dem Bildungswerk der Industrie (BWI), dem Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) sowie anderen FPÖ-nahen Organisationen abgeschlossen wurde. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob die zahlreichen und oft überhöhten Refundierungen aufgrund derartiger Leiharbeitsverträge zu illegaler Parteienfinanzierung führen können.

Ute Fabel: „Bin kein Einzelfall“

Die Problematik der Leihverträge wurde nicht zuletzt durch den Fall Ute Fabel, die ehemalige Kabinettschefin von Sozialminister Haupt, öffentlich erkennbar. Fabel war über einen zwischen dem Sozialministerium und dem RFW abgeschlossenen Arbeitsleihvertrag im Kabinett Haupt tätig. Beim RFW war Fabel jedoch nie beschäftigt. Da Fabel selbst angegeben hat, kein Einzelfall gewesen zu sein, drängt sich der Verdacht von serienweisen Umgehungsverträgen in den Ministerbüros sowie der illegalen Parteienfinanzierung auf.

Auch Forstingers Kabinettschef Hans-Jürgen Miko ist über einen Arbeitsleihvertrag im BMVIT beschäftigt. Wie bei Ute Fabel ist auch im Fall von Miko nicht ersichtlich, warum in seinem Fall seitens des BMVIT das Instrument der Arbeitsleihe gewählt wurde. Miko bezieht nicht nur das höchste Einkommen aller Kabinettschefs der blau-schwarzen Regierung, sondern kann sich auch noch einer Reihe von Zusatzeinkünften aus seiner Tätigkeit in mehreren Aufsichtsräten erfreuen.

Hohe Fluktuation im Forstinger-Kabinett

Überprüfungsbedarf besteht auch hinsichtlich jener Mitarbeiterinnen, die seit Amtsantritt von Bundesministerin Forstinger das BMVIT wieder verlassen haben. Die ungewöhnlich hohe, und dem Vernehmen nach von der Ministerin zu verantwortende Mitarbeiterinnenfluktuation lässt eine Gebarung des BMVIT nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit jedenfalls fraglich erscheinen.

Aus der von Ministerin Forstinger im April dieses Jahres neu geschaffenen Stelle des BMVIT-Generalsekretärs ergibt sich zusätzlicher Prüfbedarf. Generalsekretär Rodler wollte Medienberichten zufolge bereits ein halbes Jahr nach seiner Einsetzung wegen Differenzen mit der Ressortchefin u.a. über die Umsetzung der mehrfach angekündigten BMVIT-Strukturreform wieder das Handtuch werfen. Zum Verbleib soll der Generalsekretär erst durch Intervention von Vizekanzlerin Riess-Passer gebracht worden sein.

Hohe Überstundenabrechnungen in BMVIT und BMSG

Zusätzlich zur fragwürdigen Praxis der Arbeitsleihverträge zeichnen sich beide Ministerbüros durch hohe Überstundenabrechnungen von Kabinettsmitarbeiterinnen aus. So sollen nach Auskunft des BMVIT im Jahr 2000 22 Mitarbeiterinnen insgesamt 11.411 Überstunden geleistet haben. Im Schnitt ergibt dies rund 519 Überstunden pro Mitarbeiterin. Im Büro von

Gesundheitsstaatssekretär Waneck soll ein Mitarbeiter sogar mehr als 1.700 Überstunden jährlich abgerechnet haben.

Fragwürdige Anwaltshonorare und Forstinger-Rede um halbe Million

Nicht zuletzt lassen Medienberichte über weit überhöhte Honorare für Anwälte sowie Vorbereitungskosten für eine Rede von Ministerin Forstinger in der Höhe von mehr als einer halben Million Schilling eine Sonderprüfung des Rechnungshofes geboten erscheinen. Insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass eine Ladung von Bundesministerin Forstinger und Bundesminister Haupt vor den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses von den Regierungsfractionen mehrmals abgelehnt wurde.